

*Diskussionsbeitrag zum 10. Jahrestag des Mauerfalls:*

## **Ostdeutsche Chancen nach 2000 ? - eine aktuelle alternative Sicht**

Karl Mai      Halle, den 12.11.99

Inhalt:

1. Zum Stand '98/'99
2. Neue Ost-Strategie erforderlich
3. Finanzierungsprobleme
4. Private Akkumulationskraft in Ostdeutschland
5. „Selbsttragender Aufbau Ost“
6. Angleichungsproblem
7. Zum Konzept „Aufbau Ost“ der Bundesregierung
8. Konsequenzen aus der Austeritätspolitik

### 1. Zum Stand '98/'99

Am Vorabend des 10. Jahrestags der Maueröffnung steht die Öffentlichkeit vor einem schweren Vorhalt an die deutsche Politik:

*„Die ostdeutsche Wirtschaft befindet sich im zehnten Jahr nach der Einführung der Marktwirtschaft in einer hartnäckigen Schwäche phase... Pro Kopf der Bevölkerung gerechnet, verharrt die nominale Wertschöpfung seit 1996 bei 57 % des westdeutschen Niveaus... An diesem Gesamtbild wird sich auch im Prognosezeitraum nicht viel ändern.“<sup>1</sup>*

Mit diesen ernüchternden Worten hat nicht etwa die ostdeutsche PDS, sondern das seriöse „Herbstgutachten 1999“ der beratenden Wirtschaftsforschungsinstitute den Nimbus der deutschen Vereinigungsökonomie verabschiedet.

Seit 1990 sind in die ostdeutsche Wirtschaft insgesamt Anlageninvestitionen bis zu 1,4 Billionen DM (1999) getätigt worden, darunter staatlicher Mitteleinsatz für Investitionen in Höhe von ca. 260 Mrd. DM. Der Anteil des Unternehmensbereiches (ohne Wohnungsvermietung) an den vorgenannten hohen Gesamtinvestitionen belief sich auf ca. 58 %.<sup>2</sup>

Die Kapitalausstattung der geschrumpften Arbeitsplätze im Unternehmenssektor hat sich seit 1991 zwar verdoppelt und liegt bei 200.000 DM je Arbeitsplatz (1997).<sup>3</sup> Nach ifo-Angaben wird im Produzierenden Gewerbe Ost eine Kapitalintensität von 85 % des Weststandes erreicht (1997).<sup>4</sup>

Wie die Entwicklung zeigte, konnte das Bruttoinlandprodukt von 1989 in Ostdeutschland bis 1997/1998 (in Preisen von 1991) **noch immer nicht wieder erreicht** und folglich bisher nicht überschritten werden,<sup>5</sup> während die industrielle Produktion speziell im Verarbeitenden Gewerbe noch stark zurückblieb.

Ostdeutschland	1989	1997
Bruttoinlandprodukt Index	100	92,1
Verarbeitendes Gewerbe Index	100	47,2
Beschäftigte i. Tsd. Personen	9.560	5.543

Damit gerieten die Chancen auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt nachhaltig vor allem hinsichtlich des „Industriebesatzes je 1000 Einwohner“ stark ins Hintertreffen. Der industrielle Arbeitsplatzverlust Ost infolge des Systemwechsels erwies sich als nachhaltig. Der jetzt erreichte industrielle Arbeitskräftebesatz Ost bleibt mit 39,2 pro 1000 Einwohner weiter um etwa die Hälfte niedriger als in Westdeutschland mit 88,1 (1998).<sup>6</sup>

Gleichzeitig verharrete 1998 der Beschäftigungsgrad Ost (Anteil der Beschäftigten an den statistischen „Erwerbspersonen“) bei 77,3 % im Vergleich zu 89,6 % in den alten Bundesländern.<sup>7</sup> (Diese Angaben zeigen den Beschäftigungsanteil am „arbeitswilligen“ Bevölkerungsteil, der den relativen regionalen Unterbeschäftigungssgrad Ost im Vergleich zu West aufdeckt.) „Die Beschäftigungslücke in Ostdeutschland übersteigt alle Erwartungen - es fehlen rund 2,7 Millionen wettbewerbsfähige Arbeitsplätze“, wird von den Autoren einer Studie (1998) vorgerechnet.<sup>8</sup>

Das originär in den neuen Bundesländer erzeugte Bruttoinlandprodukt (BIP) je Einwohner beträgt z.Z. nur ca. 56 % des westdeutschen, also bleibt auch das hier selberzeugte Einkommen auf diesem Niveau. Die Zielstellung der Politik von 1991, hier ein annähernd gleiches Einkommen zu erzeugen, ist damit erheblich **verfehlt**.

Die hohen jährlichen Defizite an Eigenerzeugung Ost müssen weiterhin mittels staatlicher Transfers durch die westdeutsche Wirtschaft (und ganz in dem Profitinteresse) abgedeckt werden.

Die forcierte Transformation der Ex- DDR-Wirtschaft ist - gemessen am noch viel zu niedrigen volkswirtschaftlichen Leistungsniveau Ost - gescheitert

Gleichzeitig wird immer klarer, daß auf der Grundlage **bisheriger** Wirtschaftsstrategie für die neuen Bundesländer deren Leistungsangleichung an das Westniveau in weite Ferne gerückt ist. Zwar hat die Kapitalausstattung der Arbeitsplätze in den ostdeutschen produzierenden Unternehmen inzwischen den westdeutschen Stand von 1989 absolut in DM fast erreicht, liegt aber damit gegenüber dem inzwischen schon in Westdeutschland erreichten Niveau um 27 % zurück.<sup>9</sup> Der relative Rückstand fußt nun auf einer echten Zehnjahresfrist aufholender Kapitalstockbildung auf dem Privatisierungsprozeß- „Nachlaß“ der THA in Ostdeutschland.

Bemerkenswert ist, daß das Motiv für Investitionen zwecks Kapazitätserweiterungen in den Jahren 1997/1998 in den neuen Bundesländern nur bei 20 % der befragten Unternehmensanzahl lag.<sup>10</sup>

## 2. Neue Ost-Strategie erforderlich

Die beratenden Wirtschaftsforschungsinstitute der Bundesregierung stellten in ihrem Herbstgutachten 1999 fest: „Eine Fortsetzung des Aufholprozesses ist nur möglich, wenn die Bedingungen erhalten bleiben, unter denen sich in der Industrie ein kräftiger Aufschwung entfalten konnte.“<sup>11</sup>

Zu diesen Bedingungen zählt zweifellos die hohe Zuführung von externen Investitionen in die neuen Bundesländer, speziell in das Produzierende Gewerbe mit Schwerpunkt Exportproduktion.

Folgerichtig wurde längst öffentlich von unabhängigen Experten der Wirtschaftsforschung die Forderung nach einer staatlich induzierten bzw. organisierten „zweiten Welle der Investitionen“ erhoben. „Das endogene Entwicklungspotential reicht auf absehbare Zeit nicht aus. Ostdeutschland braucht einen Schub von Direktinvestitionen“, schreiben die Autoren der Studie der „Friedrich-Ebert-Stiftung“ (1998).<sup>12</sup>

Ohne die Auslösung einer **neuen Welle von Industrieinvestitionen** zwecks Erhöhung des regionalen Eigenanteils bei Gütererzeugung und -verbrauch werden die neuen Bundesländer dieses Ziel der ökonomischen Niveauangleichung nicht mehr absehbar erreichen können. Diese Erkenntnis wird von diesen Experten mit Bestimmtheit vorgetragen, während die offiziell „beratende“ Wirtschaftsforschung dies übergeht: sie räumt lediglich eine noch viel zu schwache industrielle (Export-)Basis ein.

Die ostdeutsche Rate des Wirtschaftswachstums übersteigt die westdeutsche seit 1996 nicht mehr, so daß der Aufholeprozeß nicht nur stagniert, sondern auch wieder zurückfällt.

Derzeit verfestigt sich auf lange Sicht eine wirtschaftliche Unterentwicklungsregion in Deutschland, die ihren spezifischen Leistungsrückstand nicht verringert und folglich wie ein „Klotz am Bein“ der politischen Bemühungen hängt, die hohen Finanztransfers rascher zu verringern. Die sozialen Konsequenzen daraus sind deprimierend für die Bürger in Ost und West, denn sie behindern den inneren Prozeß der sozialen und psychologischen Vereinigung spürbar.

Da die westdeutschen Unternehmen des Produktionssektors ihre Investitionsneigung Ost streng nach marktlichen Anreizen ausrichten, ist mit einer **spontanen** Welle neuer privater Industrieinvestitionen in die neuen Bundesländer z.Z. nicht zu rechnen.

Politische Erwartungen in diese Richtung scheiterten an den Expansionsinteressen des Kapitals ins Ausland und/oder an den vorhandenen Kapazitätsreserven hochproduktiver westdeutscher Produktionsstandorte sowie an der Marktmacht der westdeutschen Konzerne - so wird dies auch in Zukunft generell bleiben.

Wo ist nun der wirtschaftspolitisch **forcierbare** Ausweg aus diesem ostdeutschen, aber längst auch gesamtdeutschen Dilemma?

Von vornherein ist auszuschließen, daß eine eigene Gewinnakkumulation der originär ostdeutschen Unternehmen im Produktionssektor selbst die Finanzierung dieser Investitionswelle (auch mit Kreditbeteiligung) tragen könnte, weil keine ausreichend hohen Renditen im Vorlauf existieren. Die ostdeutschen Renditen nähern sich ganz mühsam **von unten** an das durchschnittliche Westniveau an, ohne absehbare Chancen, es bald wesentlich zu übertreffen. Dafür sorgen u.a. hohe Vorleistungs- und

Energiepreise, hohe Zinskosten sowie niedrigere Absatzmarktpreise in den ostdeutschen Unternehmen. Die westdeutschen oder ausländischen Konzernzentralen schöpfen über innere Verrechnungspreise einen weiteren Teil der originär im Osten erzeugten Gewinne ab, ebenso wie sie die Innovationspolitik in ihren ostdeutschen Teil-Standorten lenken.

Überdurchschnittliche Renditen und hohe Kapitalkonzentration Ost wären aber die marktgerechte Voraussetzung für eine **endogen** induzierte neue Investitionswelle, die auf expansiven Absatzchancen basieren müßte. Die mittelständischen Kleinunternehmen im Produzierenden Gewerbe, die sich im ostdeutschen Kapitalbesitz befinden, verfügen auch nicht über die notwendige Gewinnmasse für eine sprunghafte Investionserhöhung, selbst bei guten Marktchancen. Das (west-)deutsche Bankensystem wird nach risikofeindlichen Grundsätzen immer die kapitalstarke Klientel der nun existenten Marktbeherrschter bevorzugen - darüber sollte es keine Illusionen geben.

Der forcierbare Ausweg besteht unter diesen Umständen nur in der hinreichend hohen Einführung von staatlichem Risiko- und/oder Beteiligungskapital in die innovativen ostdeutschen mittelständischen Kleinunternehmen, um die hohe Kapitalmasse für eine neue Investitionswelle zu erreichen. Dies setzt nun die offene Abkehr von jener „abstinenten Politik“ voraus, die den Staat um jeden Preis aus der regionalen Strukturpolitik aus marktlichen Effektivitätsgründen heraushalten will. Letztere Absichten sollten nach dem Fiasko der ordnungsliberal-marktspontanen Investitionsstimulierung Ost nun schon enttabuisiert sein, nicht zuletzt durch die Erfahrungen mit hochsubventionierten externen Investoren für große Industrieobjekte in Ostdeutschland (Elf- Leuna, ADM-Dresden), die auf politischen Entscheidungen von Bundes- bzw. Landesregierungen fußten.

Dabei gewinnen dezentral entstandene Ansätze der ostdeutschen Struktur- und Standortpolitik zunehmendes Gewicht, wie z.B. die Aufgabe, „auf originäre Art und Weise Kompetenzen der eher traditionellen, formellen Regionalplanung mit Kompetenzen einer innovationsorientierten, auf regionale Netzwerke ausgerichteten informellen Regionalplanung organisch zu verbinden“, um die „Mobilisierung endogener Potentiale und die verstärkte Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Hand und privater Wirtschaft auf der Grundlage eines durch die Regionalplanung getragenen Regional- und Standortmanagements“ zu realisieren, wie es in einer Veröffentlichung des mitteldeutschen ISW-Instituts für Strukturpolitik hierzu heißt<sup>13</sup>.

### 3. Finanzierungsprobleme

Hohe permanente Transfers West/Ost im Bereich der Sozialversicherung sind vor allem durch die extrem hohe Arbeitslosigkeit und die Frühverrentung verursacht, die sich in enormen negativen ostdeutschen Finanzierungssalden der Versicherungsträger zeigen. Für 1998 hatte z.B. die Rentenversicherung Ost einen Finanzierungssaldo von 19,1 Mrd. DM und die Arbeitslosenversicherung Ost von 26,7 Mrd. DM.<sup>14</sup> Die Summe von insgesamt 46,5 Mrd. DM Finanzierungssaldo (1998) der ostdeutschen „normalen“ Sozialversicherungsleistungen ist eine direkte Hypothek der Arbeitsmarktkatastrophe Ost.

Als direkte Aufbauhilfe für Ostdeutschland können nur die **investiven** Verwendungen von Transfers in Höhe von zuletzt ca. 40 Mrd. DM gerechnet werden - eine Konsequenz der neuen Bundesregierung bei der statistischen Umbewertung der laufenden Transferleistungen für Ostdeutschland. Auf diese Summe wird sich der politische innerdeutsche Verteilungskampf künftig vor allem beziehen.

Für den strukturpolitisch aktiv koordinierenden und finanzierenden Staat (mit Landes- und kommunaler Ebene) steht hier eindeutig die **Finanzierbarkeit** einer neuen Investitionswelle im Vordergrund. Weil ein regional wirksames Instrumentarium für Investitionshilfe bereits existiert, wird die Nutzung der Form von Risiko- oder Beteiligungskapital weniger problematisch.

Eine expansive Finanzierung von Risiko- und/oder Beteiligungskapital in erforderlicher Höhe ist z.Z. durch die hohe jährliche Neuverschuldung des Bundes und die „Sparpolitik“ der Bundesregierung so eng limitiert bzw. minimiert geworden, daß auch dieser Strategieansatz zur Unpraktikabilität verdammt scheint. Jüngstens hat **Prof. Krugman** aus den USA der Bundesregierung empfohlen, die Bundesbank zur Erhöhung der Geldmenge gezielt zu veranlassen - eine Politik, die bei der USA-Notenbank (Fed) offensichtlich zulässig und gebräuchlich ist. Der Erfolg rechtfertigt diese USA-Finanzpolitik.<sup>15</sup> Die nationale Chance hierfür ist aber durch die Kompetenzübergabe an die EZB längst vorüber.

Unabhängig davon: Es ist auch aus der Sichtweise üblicher bundesstaatlicher Neuverschuldung eine Finanzierung von Beteiligungskapital in wesentlich größerem Umfange gesetzlich legitimiert, solange sie eine direkte investive Verwendung als **öffentlichen Teileigentum** bei Unternehmen einschließt. Hinzu tritt

der wirksame Multiplikatoreffekt dieser staatlichen Investitionen für die Gesamtnachfrage, der u.a. steuerliche Mehreinnahmen als Refinanzierungseffekt verheißen würde.

Hier wirkt sich die EWU generell als Schranke für höhere Neuverschuldung des Staates aus, indem sie eine Rückführung der jährlichen Neuverschuldung einfordert und reglementiert, der sich die rot-grüne Bundesregierung unter **Schröder** strikt unterwirft. Diese „Konsolidierung“ des Bundeshaushalts ist z.Z. die dominierende Grundlinie der SPD-geführten Bundesregierung für den mittelfristigen Zeitraum.

Damit bleibt der Bundesregierung in unstrittiger Kompetenz nur noch der Weg, die objektiv erforderliche „zweite Investitionswelle Ost“ (über Beteiligungskapital) aus neuen oder höheren **Steueraufkommen** zu finanzieren. Dies zielt auf einen angemessenen Lastenausgleich für die großen Gewinner der staatlichen Vereinigung zugunsten des weiteren zielstrebigen Aufbaus Ost bzw. für eine zweckgebundene laufende Abgabe für höhere und höchste Vermögen und/oder jährlich neugebildete Kapitaleinkommen.<sup>16</sup>

Damit würde die sozial völlig ungleiche und ungerechte Finanzierung der Einheit aus der Kohl-Ära spät, aber politisch tragbar überwunden werden. Inzwischen geht es hierbei nicht um die gesamte Last der Vereinigung, sondern um den relativ geringen Teil **zusätzlicher** staatlicher Investitionen in das Verarbeitende Gewerbe mit Schwerpunkt innovative und überregionale Exportgüter und deren Marktxpansion.

Die Summe der hierfür jährlich zusätzlich **neu** verfügbaren Mittel als staatliches Beteiligungskapital kann auf 100 % der bisherigen insgesamt je Jahr getätigten Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe Ost limitiert werden: das sind nicht mehr als jährlich 20 bis 25 Mrd. DM als fortgesetzte Kapitalzuführung in die förderungswürdigen Unternehmen und ihre regionalen F.- und E.-Basen. Eine solche Limitierung ist zwar hochgesetzt, aber beträgt dennoch nur ca. 25 % der deutschen Direktinvestitionen im Ausland (1998) für den Zweck „Beteiligungskapital“. <sup>17</sup>  
Diese Summe würde die Wachstumsrate im Verarbeitenden Gewerbe Ost über den bundesdeutschen Durchschnitt anheben können, wenn gleichzeitig ein anteiliger Marktzugang gelingt.

#### ***Exogene hohe Kapitalzufuhr und Markterweiterung für den Absatz sind die Faktoren eines notwendigen neuen Durchbruchs im Aufbau Ost.***

Dies gilt bis zur Erreichung der Schwelle des „selbsttragenden Aufschwungs“, jedoch noch zwingender für die erwünschte weitere Angleichung des volkswirtschaftlichen Leistungsniveaus Ost mittels einer „zweiten Investitionswelle“.

Dies setzt neben einer weiteren gezielten hohen staatlichen Kapitalzufuhr ebenso einen koordinierten mittragenden privaten Kapitalstrom West/Ost ins Verarbeitende Gewerbe voraus. Westdeutsche Konzerne müßten bereit sein, erhebliche Abstriche bei Produktionsanlagen und damit Arbeitsplätzen in den alten zugunsten der neuen Bundesländer durchzusetzen. „Geschieht beides nicht, holt Ostdeutschland nicht nur nicht auf, sondern fällt zurück auf den Stand zu Beginn der Vereinigung“, prognostizierte der bekannter Ökonom, **H. Flassbeck**, kürzlich.<sup>18</sup>

Das ostdeutsche Finanzierungsproblem hat außer der unternehmensbezogenen auch eine rein regionale Seite: den föderalen Finanzausgleich für die Länder und die besonderen Bundeszuweisungen. Für das Land Sachsen-Anhalt z.B. fließen hieraus jährlich ca. 1,3 Mrd. DM aus dem „horizontalen Finanzausgleich“ sowie ca. 3 Mrd. DM aus den Bundesergänzungszuweisungen in die Landeskassen, die dringend zur Erfüllung der landesspezifischen Aufgaben benötigt werden.<sup>19</sup>

Der Angriff der „Geberländer“ im föderalen Finanzsystem auf den Modus der Umverteilung zwischen den Bundesländern ab 2004 schafft gerade für die neuen Bundesländer künftige Minderzuweisungen und die Aussicht auf ein höheres Defizit im Landeshaushalt, weil und solange mit einer Angleichung der steuerlichen Eigenfinanzierung Ost an West hier nicht gerechnet werden kann.

#### **4. Private Akkumulationskraft in Ostdeutschland**

Die ostdeutschen kapitalschwachen Mittelstandsunternehmen des Verarbeitenden Gewerbes haben keine Chancen, durch Preiswettbewerb auf der Basis permanenter Niedrig-Lohnkosten jene Marktkraft rasch zu erreichen, die ein erfolgreicher Verdrängungswettbewerb erfordert, zumal sie ohnehin wettbewerbliche Kostennachteile tragen müssen.. Der "Preisverlust" führt hier sehr rasch zur Illiquidität und zum Konkurs. Das IWH hatte 1998 im Ergebnis einer Analyse der Rentabilitätsraten Ost bestätigt:

„Im Durchschnitt betrachtet, sind die Gewinne jedenfalls bei weitem noch zu gering, als daß sie Investitionen, Forschungsaufwendungen oder auch nur die Bildung finanzieller Rücklagen in ausreichendem Umfang erlauben würden.“<sup>20</sup>

Betrachtet man Charakter und Wirkungsgrad der unternehmensseitigen Hemmnisse im Produzierenden Gewerbe Ost, mit Schwerpunkt Exportindustrie des Verarbeitenden Gewerbes, ist zu negieren, daß eine Streckung der weiteren Lohnangleichung oder sogar eine Absenkung der Nominallöhne die zwingend erforderliche Marktkraft der mittelständischen Wirtschaft in der Hauptsache induzieren kann. Die Eigenkapitalbildung für Investitionen und damit potentielle Marktdurchdringung würde durch eine Lohnzurückhaltung Ost die erforderliche Dimension in der Masse der kleinen Unternehmen (bis 50 Mitarbeiter) verfehlen.

Die massive Zuführung von Beteiligungs- und/oder Risikokapital, völlige Entlastung von Altschulden und gezielte Innovationsförderung aber könnten den Durchbruch erleichtern. Lohnstop oder teilweise Lohnsenkung könnten nur in langsamer Wirkung die Lohnstückkosten herabdrücken, solange sich die Marktanteile nicht außerhalb eines mühsamen Verdrängungsprozesses erweitern lassen. Dazu fehlt aber z.Z. die erforderliche Marktmacht der ostdeutschen Kleinunternehmen. Das schwer lösbare oder ungelöste überregionale Marktproblem Ost wirkt hier als echtes Hemmnis. Unter derzeitigen marktspontanen Bedingungen besteht verbreitet Skepsis, daß dieses Hemmnis überwunden würde. Gegenüber einer Lohnzurückhaltung verspricht eine massiv geförderte Markterweiterung infolge höherer Marktanteile eine wettbewerblich „gerechtere“ Erhöhung der bisher unterdurchschnittlichen Gewinnquote Ost, insbesondere in der Exportproduktion.

Bedenkt man ferner, daß hier die regionalwirtschaftliche Bruttolohnsumme (BLG) für 1998 nur mit 225,7 Mrd. DM ausgewiesen wird, würde es eine lange Phase der allgemeinen ostregionalen Lohnstagnation bedeuten, wollte man dadurch (rein theoretisch) Mittel für die oben diskutierte „zweite Welle“ von Netto-Investitionen sammeln, die aber kontinuierlich speziell im Verarbeitenden Gewerbe über das bestehende Investitionsniveau hinaus erforderlich wäre.

*Keine Lohnzurückhaltung könnte jene rasche enorme Kapitalzufuhr bewirken, die der Entwicklungsaufgabe Ost angemessen ist. Die Eigenakkumulation bleibt der Engpaß für die Verarbeitende Industrie Ost noch auf lange Sicht, solange das Marktproblem nicht entspannt wird und noch überproportionaler unternehmensbezogener Investitionsbedarf für Marktexpansion und Umsatzsteigerung besteht.*

Auch dies bestätigt, daß die **externe** Zuführung von ausreichenden Mitteln für eine forcierte neue Investitionswelle Ost unverzichtbar bleibt.

##### 5. „Selbsttragender Aufschwung Ost“

Nun zur der Frage, ob ein „selbsttragender Aufschwung Ost“ künftig möglich wird. Dabei gilt zu beachten: ein selbsttragender Aufschwung bildet erst die **Vorphase** zum Niveau einer ausreichenden Annäherung der volkswirtschaftlichen Leistung Ost an West, deren Tempo weitestgehend durch zusätzliche externe Kapitalzuführung bestimmt wird..

Die inhaltliche Analyse des **Kriteriums** „selbsttragender Aufschwung“ zeigt, daß es hier mindestens drei verschiedene Aspekte als Betrachtungsebenen gibt: der betriebswirtschaftliche, der regionalhaushaltsbezogene und der regional-gesamtwirtschaftliche. Objektiv bilden diese Aspekte zwar eine verbundene Einheit, aber in der praktischen Diskussion werden sie oft isoliert voneinander gewertet.

Auf der Unternehmensebene könnte man definieren: das Erreichen einer echten „erweiterten Reproduktionsfähigkeit der Anlagen“ mittels eigener Nettoinvestitionen durch eine **mindestens** mittlere (marktübliche) Kapitalrendite bildet das Schwellen-Kriterium, das den „selbsttragenden Aufschwung“ ermöglicht und wettbewerbsfähig symbolisiert. Dieses Stadium haben inzwischen manche ostdeutschen Unternehmen (differenziert nach Branchen und Umsatzgrößenklassen) erreicht<sup>21</sup>. Allerdings bedeutet der **Eintritt** in den „selbsttragenden Aufschwung“ noch lange keine **hinreichende** Voraussetzung zur raschen **Angleichung** des wirtschaftlichen Leistungsniveaus Ost an West.

Aus der Sicht der regionalen Haushaltplanung ist erst dann ein selbsttragendes Stadium erreicht, wenn die eigenen **originären** Steuereinnahmen einen Investitionsteil für Ausgaben über die bloße Anlagen-Werterhaltung hinaus ermöglichen, bei Deckungsfähigkeit für die übrigen laufenden Personal- und Sachausgaben. (Dies schließt den horizontalen Länderausgleich und vertikale Sonderzuweisungen des Bundes zunächst aus der Betrachtung aus.) Für ostdeutsche Gebietskörperschaften bildet diese schon

ausreichende **Eigen**steuerquote noch ein generell fernes Ziel, da der Iststand hier weit unter dem westdeutschen Länderdurchschnitt liegen.

Aus volkswirtschaftlicher Sicht - die uns hier vor allem interessiert - ist eine **ausgeglichene** Bilanz von selbstproduzierten und endverwendeten Einkommen in der Region die **Schwelle** zum „selbsttragenden Aufschwung“, die (ohne überregionale Umverteilung) den eigenen Finanzbedarf abdecken soll. Davon ist die ostdeutsche Region insgesamt weit entfernt, solange die hier verfügbaren Einkommen infolge hoher West/Ost- (Netto-)Transfers wesentlich höher sind als die selbsterzeugten Einkommen.

Ab 1995 verzichtete die bundesdeutsche Statistik auf einen Nachweis für die stagnierend hohe strukturelle „Importabhängigkeit Ost“ von Westdeutschland, die sich zuletzt (1994) auf ca. 200 Mrd. DM belief und damit zu diesem Zeitpunkt weit **über** der Höhe der Nettotransfers West/Ost lag.<sup>22</sup>

Letzteres Kriterium aus gesamtwirtschaftlicher Sicht ist insofern relativierbar, als es den spezifischen Einwand übergeht, daß regionale Untereinheiten eines Staates nicht **zwingend** selbsttragend sein müssen. Die ostdeutsche Region umfaßt aber ca. 1/3 der Fläche der Bundesrepublik und schränkt ihres relativen Gewichts wegen diesen Einwand wieder ein: sie ist die größte territorial zusammenhängende EU-weite „Unterentwicklungsregion I“ mit immerhin einer 14-Millionen-Bevölkerung.

Dies wirft nun die Frage auf, wie groß eine Streubreite regionaler Differenziertheit in einer nationalen Volkswirtschaft sein darf, ohne den transregionalen Finanzausgleich zu überfordern. Damit stehen wir vor dem Hintergrund der strittigen Fragen des föderalen Finanzausgleichs in seiner aktuellen Zuspitzung. Hier ist eine Lösung gefordert, die den haushaltspolitischen Aufgaben in den neuen Bundesländern und ihrer absehbar niedrigeren Eigenfinanzkraft auch künftig hinreichend genügt.

## 6. Angleichungsproblem

Das Angleichungsproblem hat zwei Seiten, die zwar miteinander eng verbunden sind, aber dennoch sehr verschieden beurteilt werden: die volkswirtschaftliche Leistungsangleichung und die Angleichung der Lebensverhältnisse, insbesondere der Masseneinkommen Ost an West. Zunächst zum ersteren Komplex:

In der Forschungsliteratur wurde bereits die Frage aufgeworfen, ob für die neuen Bundesländer „das Ziel der Angleichung und damit der nachholenden Modernisierung angesichts dieser und anderer Kosten überhaupt gewollt werden sollte.“<sup>23</sup>

Auch in der Politik wurden längst Ansichten geäußert, es sei als angemessen realistisch zu betrachten, wenn die ostdeutsche Unterentwicklungsregion auf ein Leistungsniveau von 80 % des bundesdeutschen Durchschnitts zukünftig noch aufholen könnte.<sup>24</sup>

Dieses 80 %-Argument wird kaum vertretbar, wenn man bedenkt, daß es auch starke inner- und unterregionale Differenziertheit zwischen und in den ostdeutschen Bundesländern selbst gibt.<sup>25</sup>

Hieran schließt sich die Fragestellung an, ob diese innere regionale Differenzierung akzeptiert werden darf oder noch wesentlich reduziert oder sogar durch neue Industrie-Clusterbildungen vergrößert werden müßte. Die EU-Zentrale jedenfalls behandelt die ostdeutsche „Unterentwicklungsregion I“ als ein einheitliches Zuschußgebiet für den EU-Strukturfonds.

Formell bezweifelt niemand, daß die neuen Bundesländer noch einen weiten Weg **unterhalb** der Schwelle zum „selbsttragenden Aufschwung“ aus regional- und volkswirtschaftlicher Sicht zurücklegen müssen - der also eine ferne Vision bleibt. Eine langsame Besserung zeichnet sich differenziert auf der Ebene der Unternehmen ab, die immer noch mit regional fixierten wettbewerbsnachteiligen Mehrkosten belastet sind.

Dies stützt auch die Begründung für eine Fortführung der wirtschaftsbezogenen Bundesfördermittel im Rahmen der **bisherigen** Aufbau-Strategie Ost in Höhe von ca. 38 bis 40 Mrd. DM je Jahr. Ein echter neuer **Investitions-Durchbruch** zur Leistungsangleichung Ost/West im Industriebereich bleibt dabei noch gänzlich außer Betracht.

Sieht man infolge der offenen politischen Risiken von der Chance ab, eine zweite Welle der forcierten Investitionen für Ostdeutschland staatlich zu organisieren oder müßte man infolge der EWU-Regelungen des Marktewettbewerbs darauf verzichten, dann bleibt hier die bisherige dezentral-spontane Entwicklung (bei maßvollen „üblichen“ Investitionsanreizen) dominierend. Damit ist nach bisherigen Erfahrungen **keine** weitere Angleichung der wirtschaftlichen Leistungskraft Ost an West zu sichern, bestenfalls deren synchrones Wachstum.

Es liegt eine neuere wissenschaftskritische Untersuchung im IWH vor, die mit dem Ergebnis endet, daß es den erhofften „selbsttragenden Aufschwung Ost“ als **Garantie** für eine Angleichung des Leistungsniveaus Ost an West nicht geben **kann**.

„Generell kann der Schluß gezogen werden, daß selbst dann, wenn Ostdeutschland das Niveau der Lohnstückkosten Westdeutschlands erreicht haben wird, ein selbsttragendes Wirtschaftswachstum, das jenes in Westdeutschland **übersteigt**, nicht eintreten kann. Die Gewinnerwartungen der Unternehmen werden dann nämlich nur das Niveau der westdeutschen erreichen, aber keineswegs übersteigen.“<sup>26</sup>

Die gesamte volkswirtschaftliche Niveauannäherung müsse also „von außen alimentiert werden“.

Auf die Wiederholung der eingehenden Analyse und mathematischen Modellrechnung dieser Studie muß hier natürlich verzichtet werden. Daher kurz nur folgendes:

Kernpunkt bilden die bisherigen Renditehöhen in den Ost-Unternehmen, die **unter** den westdeutschen vergleichbaren Branchen liegen. Solange die überwiegende Masse der ostdeutschen Kleinunternehmen nicht deutlich **über** die westdeutschen Renditen kommt, gibt es keine Voraussetzung für eine ausreichende **eigene** Kapitalakkumulation für eine forcierte Investitionswelle (als Mittel zur noch erforderlichen raschen Angleichung der Produktionsleistung je Einwohner Ost).

Der vereinigte deutsche Binnenmarkt, besonders unter dem EWU-Aspekt, läßt künftig solche deutlich höheren Kapitalrenditen im Durchschnitt als Akkumulationsquelle in den neuen Bundesländern **infolge der Dominanz der westdeutschen Kapital- und Marktmacht** gar nicht mehr zu.

Übertrifft die Wachstumsrate Ost aber nicht **nachhaltig** die westdeutsche, dann ist eine weitere echte Niveauannäherung der BIP-Leistung je Kopf, ein selbstfinanzierbarer „Aufbau Ost“ - und folglich bzw. nachfolgend der Abbau der relativen Unterentwicklung zu Westdeutschland - nicht möglich.

Dieser Standpunkt wird durch **H. Flassbeck** gestützt und ergänzt: „Heute ist davon auszugehen, daß es der ostdeutschen Wirtschaft nicht gelingen wird, so viele Marktanteile *zurückzugewinnen*, daß sich in überschaubarer Zeit eine deutliche Verringerung der Transfers ergibt.“ Und: In Westdeutschland „muß man bereit sein, erhebliche Abstriche bei Produktionsanlagen und damit Arbeitsplätzen gegenüber den neuen Bundesländern hinzunehmen.“<sup>27</sup>

Hier gilt aber einschränkend, daß die global agierenden Industriekonzerne autonome Entscheidungen treffen, die sich an staatlich nationalen „Lenkungsinteressen“ nicht mehr orientieren. Die Sicherung von zusätzlichen auswärtigen Märkten hat für diese Konzerne deutlichen Vorrang vor Investitionen in ein nationales Wirtschaftsgebiet Ostdeutschland, dessen potentielle (Export-)Produktionsleistung der EU-weite und der Weltmarkt aus Konkurrenzgründen „entbehrliech“ finden.

Als Weg zu höheren Marktanteilen bleibt der ostdeutschen überregionalen Marktpproduktion weniger der Rückgewinn, als vielmehr der **Zugewinn** von Marktanteilen im „Schlepptau“ westdeutscher Markt- und Kapitaloffensiven in globalen Wirtschaftszonen - eine Kooperation, die begleitender staatlicher Koordinierung und Förderfinanzierung bedarf.

Zur Angleichung der Lebensverhältnisse, insbesondere der Masseneinkommen: Hier ist generell festzustellen, daß die weitere zügige Annäherung durch den zu hohen Rückstand in der erreichten volkswirtschaftlichen Leistung (BIP) pro Beschäftigten - trotz der sozialen Netto-Transfers West/Ost - gebremst wird.

Das schließt nicht aus, daß sich in den Sektoren, Zweigen und Branchen der Wirtschaft Ost eine sehr differenzierte Lage herausgebildet hat, die u.a. bei Produktivität und Lohnhöhe unterschiedlich zu bewerten ist. Die Lohn-Produktivitätslücke im Produzierenden Gewerbe z.B. ist jetzt so gut wie geschlossen. Damit hat sich hier die Relation von Produktivitätszuwachs zu Lohnzuwachs auf eine normale Basis hinbewegt.

In anderen Sektoren gelten z.T. Modalitäten der Statistik, die eine Verzerrung im Produktivitätsniveau bewirken, wie z.B. im Verkehrswesen und beim Staats- und Wohnungswirtschaftssektor. Daher ist eine **gesamtwirtschaftliche Aussage** zur ostdeutschen Lohn-Produktivitätslücke methodologisch inkonsistent und folglich wertlos.<sup>28</sup>

Die zulässige Bewertung der Bruttolohndynamik Ost muß also in Relation zu konkreten Branchendaten für Wertschöpfung je Arbeitsstunde in den Zweigen getroffen werden. Hierzu liefert die Bundesstatistik aber keine vollständigen strukturellen Daten in Tiefgliederung zur analytischen Auswertung.

Es gibt Anzeichen, daß z.T. die Produktivitätsrückstände in manchen Sektoren oder Zweigen auf Basis Wertschöpfung bereits durch die noch niedrigeren Lohnhöhen Ost reflexiv negativ beeinflußt werden: je niedriger die Löhne, umso niedriger die resultierende Wertschöpfung, also auch die Produktivität.

Es wird also für ostdeutsche Lohnpolitik immer wichtiger, die reale Entwicklung der Lohnstückkosten in den Branchen des Verarbeitenden Gewerbes differenziert zu beachten und eine produktivitätsbezogene Lohndynamik zu ermöglichen. Noch vorhandene branchenbezogene Widersprüche zwischen Produktivitäts- und Lohnhöhe sind vorrangig durch die **Forcierung** der Produktivitätsteigerung aufzulösen, worauf die Wirtschaftspolitik ausgerichtet werden sollte.

Die Angleichung ostdeutscher Rentabilitätsraten (in Verbindung mit einer Umsatzsteigerung hinein in die „betriebswirtschaftliche Gewinnzone“) ist eine der Bedingungen für den Durchbruch zum „selbsttragenden Aufschwung Ost“.

Damit wird die weitere generelle Angleichung der Masseneinkommen letztlich mit der Steigerung der volkswirtschaftlichen Leistung Ost positiv gekoppelt, soweit sie nicht aus anderen Gründen partiell rascher zu vollziehen wäre, wie z.B. im öffentlichen oder staatlichen Sektor.

## 7. Zum Konzept „Aufbau Ost“ der Bundesregierung

Bisher hat die rot-grüne Bundesregierung nicht erkennen lassen, daß sie eine **neue „Wirtschaftsstrategie Ost“** verfolgen würde, die aus dem Rahmen erklärter ordoliberaler Prämissen heraustritt.

Dem fügt sich die Argumentationslinie der beratenden Wirtschaftsforschungsinstitute im „Herstgutachten 1999“ an, die den Appell zur notwendigen Forcierung des ostdeutschen Wirtschaftswachstums ausschließlich an den Staat (Infrastrukturinvestitionen) und an die Tarifparteien (Lohnzurückhaltung) richtet.

Im jüngsten „Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit“ für 1999 heißt es demzufolge: „Im Zentrum steht die Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, um zukunftsfähige Wirtschaftsstrukturen und Beschäftigung zu schaffen.“<sup>29</sup>

Diese Orientierung steht in engstem Bezug zur folgenden Aussage des Sachverständigenrates: „Maßgeblich für die wirtschaftliche Zukunft in den neuen Ländern ist es, ob es gelingt, das in der Region vorhandene Leistungspotential zu entfalten und im Wettbewerb voll zur Geltung zu bringen.“<sup>30</sup>

Das heißt im Klartext: Orientierung auf die inneren (endogenen) Wachstumspotentiale der Region mit dem vollen Risiko, ob sich dies im spontanen Marktwettbewerb hinreichend zur Wirkung bringen läßt. Die Förderpolitik konzentriert sich künftig auf die effektivere Nutzung der begrenzten Fördermittel mit dem Ziel der Schwerpunktbildung im gewerblich-industriellen Innovationsbereich.

Daraus folgt dann auch, daß das Ziel einer schnellstmöglichen Angleichung von Wertschöpfung und Einkommen Ost an West sowie auch die Prämissen für einen „selbsttragenden Aufschwung Ost“ in diesem Bericht ausgeklammert bleiben und nicht speziell diskutiert werden. Die Chancen einer staatlich-regionalen Strukturpolitik im industriellen Bereich werden nicht ausgelotet bzw. bleiben den Ländern selbst überlassen.

Damit sind keine Garantien dafür erkennbar, künftig ein nachhaltig **höheres** Wachstum Ost- gegenüber Westdeutschland abzusichern. Damit bleibt der Entwicklungsrückstand in der volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zumindest erhalten, sofern er nicht zunimmt. Die Auswirkungen hierdurch auf den Arbeitsmarkt und den Sozialbereich bleiben im „Bericht“ unreflektiert.

Von graduellen Fortschritten abgesehen, hat die rot-grüne Bundesregierung kein tragfähiges Konzept für die wirtschaftlich-soziale Angleichung der ostdeutschen Unterentwicklungsregion.

Die Hinwendung der Erwartungen auf die Mobilisierung der inneren Potentiale der neuen Bundesländer bleibt insofern das logische Ersatzkonzept. Hier kann man der Bundesregierung nun deutliche Bemühungen bestätigen, die sich ausführlich in dem o.a. Bericht niederschlagen, soweit sie auf eine Erhöhung der Effizienz der verfügbaren Fördermittel orientieren.

Die inneren Potentiale aus der Sicht einer ökologisch-nachhaltigen und qualitativ angelegten Wachstumspolitik lassen sich im spontanen Marktwettbewerb nicht ausreichend entfalten, weil für diese Qualität eine starke Position der innovativen Prozeß- und Produktentwicklung mit der hierfür tragenden hochleistungsfähigen Forschungs- und Entwicklungsbasis benötigt würde, die in der ostdeutschen Region noch nicht wieder aufgebaut ist.

Regionale Wirtschaftskreisläufe in den neuen Bundesländern neu zu entwickeln setzt eine wirksame landesbezogene und landesübergreifende Strukturpolitik voraus, deren Koordinierungsfunktion sich z.T. gegen wettbewerbliche Friktionen und partielle Marktdominanzen durchsetzen müßte.

Erfolgt eine EU-Erweiterung nach Ost, dann verbleiben die Koordinaten und Kriterien der EU-finanzierten Strukturförderung sicherlich nicht so wie bisher. Die EU-Transfers nach Ostdeutschland sind aber in ganz besonderem Grade wirtschaftsfördernd für den mittelständischen Unternehmensbereich.

Der Weg über stetige graduelle Fortschritte in der Regionalentwicklung, die zudem wesentlich aus EU-Transfers stimuliert und gesichert werden, kann eine wirtschaftspolitische Forcierung der Angleichung und damit der „inneren Vereinigung Deutschlands“ jedoch nicht entbehrlich machen.

Der Verweis auf eine noch sehr lange, auf eine Generation erweiterte „Angleichungsdauer“ trägt den Charakter einer Trost-Version, die zwar „realistisch“, aber tragisch wirkt und letztlich ein nationales Ungleichgewicht verfestigt, das bedenkliche politische Entwicklungen in Deutschland einschließt.

## 8. Konsequenzen aus der Austeritätspolitik

Trotz gegenteiliger Versicherungen der Bundesregierung kann auch die Austeritätspolitik in ihrer z.Z. extremen Ausrichtung letztlich nicht ohne Kürzungen für den Bereich investiver Bundesmittel für Ostdeutschland auskommen.

Richtig ist, daß es ohne ein wirtschaftlich prosperierendes Deutschland immer schwerer wird, die Bürde der innerdeutschen Netto-Transfers künftig (unbefristet) weiterzutragen. Aber ebenso richtig ist, daß ohne ein höheres Wirtschaftswachstum Ost- im Vergleich zu Westdeutschland eine weitere innerdeutsche Angleichung der volkswirtschaftlichen Leistung Ost an West nicht möglich ist: Es würde die spezifische Voraussetzung für einen Transfer-Abbau fehlen.

Kein EU-Staat hat über einen historisch längeren Zeitabschnitt eine innere regionale Transferleistung in einem vergleichbaren Umfang zu erbringen wie die deutsche Bundesrepublik seit 1990/1991. Die hier u.a. erfolgenden **investiven** Transfers (vor allem des Bundes) in bisher jährlicher Höhe von mindestens 33, aber nach neuer Abgrenzung der Bundesregierung von sogar 40 Mrd. DM, sind vollauf gerechtfertigt, über bloße Neuverschuldung finanziert zu werden.

Diese Mittel fließen in den Aufbau eines neuen infrastrukturellen und industriellen Kapitalstocks, so daß auch ihre Verteilung auf verschiedene Generationen angemessen ist. (Dies gilt generell für übliche Bundesinvestitionen.)<sup>31</sup>

Die extreme „Konsolidierungsabsicht auf Null“ für die Neuverschuldung lastet den investiven „Aufbau Ost“ schrittweise der bloßen Steuerfinanzierung an - mit allen Konsequenzen einer späteren Finanzierung nach Kassenlage. Dies zu einem Zeitpunkt, für den ein Erreichen der volkswirtschaftlichen Leistung Ost an West immer noch nicht möglich und der „selbsttragende Aufschwung“ nicht erreicht sein würde.

Sollte das „Sparprogramm“ der Bundesregierung für die ostdeutsche Region letztlich bedeuten, daß die investiven Zuführungen für eine neue forcierte Investitionswelle Ost im erforderlichen Umfange fehlen, dann wird der Netto-Transfer West/Ost in seiner Höhe zementiert und die regionale volkswirtschaftliche Leistung je Beschäftigten Ost kann ihren nationalen Rückstand nicht aufholen.

Die ostdeutsche Unterentwicklungsregion bliebe für „ewig“ am Tropf der Transfers hängen, das gesamtdeutsche volkswirtschaftliche Leistungsvermögen verharrt damit ebenfalls im mittleren Bereich in der EU-Wirtschaftszone.

Die sozialpolitischen Folgen sind absehbar: die neuen Bundesländer bleiben die Region mit dem geringsten intern erzeugten Einkommen, den niedrigeren Lohn- und Sozialeinkommen und einer hohen nachhaltigen Unterbeschäftigung in Deutschland. Die Tendenzen zur sozialen Depravatation müssen sich dann hier bündeln oder verstärken.

-Ende-

<sup>1</sup> Siehe: Wochenbericht des DIW, Nr. 43-44/99, S. 807

<sup>2</sup> Vergl. hierzu auch: SVR, „Jahresgutachten 1998/1999“, S. 104

<sup>3</sup> Siehe: „19. Anpassungsbericht“ der Wirtschaftsinstitute, IWH-Forschungsreihe 5/99, S. 19

<sup>4</sup> ifo-Schnelldienst Nr. 31/98, S. 19

<sup>5</sup> SÖSTRA-Studie, „Zur gegenwärtigen Lage und Entwicklung der Industrie in Ostdeutschland“, Oktober 1989, S. 104 (Tabelle A 3)

<sup>6</sup> DGB-Sachsen-Anhalt, „Industrielle Regionalentwicklung in Sachsen-Anhalt“, Kurzstudie Juni 1999, S. 6

Im Verarbeitenden Gewerbe Ost sind pro 1000 Einwohner nur 39 Personen beschäftigt, vergleichsweise zu 87 in Westdeutschland (Ende 1998).

Siehe: BMWi, „Wirtschaftsdaten Neue Länder“, Juni 1999, S. 12, 2 (und nach eigener Berechnung )

<sup>7</sup> BMWi, „Wirtschaftsdaten Neue Länder“, Juni 1999, S. 2;

Nachstehende Angaben (Berlin geteilt eingerechnet):

	Ost	West
Erwerbspersonen	6.055	27.946
Beschäftigte insg.	4.680	25.042
Arbeitslose	1.375	2.904
Beschäftigungsgrad (%) *	77,3	89,6

\* = Beschäftigte insg. : Erwerbspersonen x 100

Demgegenüber bietet ein Vergleich der Relation Beschäftigte an der „erwerbsfähigen Bevölkerung“ zwischen Ost- und Westdeutschland nicht die Möglichkeit, den Einfluß der in den neuen Bundesländern höheren Anteile der „Erwerbswilligen“ (Erwerbspersonen) zu zeigen.

<sup>8</sup> Siehe dazu: Ulrich Pfeiffer/Harald Simons, Gutachten der Friedrich-Ebert-Stiftung 1998: „Wirtschaftliche Entwicklungsdefizite und Entwicklungsstrategien für Ostdeutschland“, S. 7

<sup>9</sup> Siehe Fußnote /2/, S. 19 und Fußnote /1/, S. 50

<sup>10</sup> SVR, „Jahresgutachten 1997/1998“, S. 70 (Schaubild 13)

<sup>11</sup> DIW-Wochenbericht, Nr. 43-44/99, S. 807, 808

<sup>12</sup> Siehe dazu: Ulrich Pfeiffer/Harald Simons, Gutachten der Friedrich-Ebert-Stiftung 1998: „Wirtschaftliche Entwicklungsdefizite und Entwicklungsstrategien für Ostdeutschland“, S. 8

<sup>13</sup> ISW, „akzente 1999“, Ausgabe 6/99, S. 3 :  
Michael Schädlich, „Standortwettbewerb der Regionen und innovative Regionalplanung“

<sup>14</sup> DIW-Wochenbericht Nr. 45/99, S. 815

<sup>15</sup> Vergl. hierzu: „DIW-Wochenbericht“, Nr. 12/99

<sup>16</sup> So z.B.: Am 19.10.99 wurde bekannt, daß der SPD-Linke Detlev v. Larcher (MdB) mit einer Forderung nach Vermögenssteuer zugunsten der Investitionen in den neuen Bundesländern hervorgetreten ist. Die Vermögenssteuer geriet danach als Absichtserklärung in den Leitantrag des SPD-Vorstandes an den bevorstehenden SPD-Parteitag.

<sup>17</sup> Bundesbankbericht Nr. 10/99, S. 71\*

<sup>18</sup> „WSI-Mitteilungen“ Nr. 8/1999, S. 501

<sup>19</sup> Siehe: „Mitteldeutsche Zeitung“ v. 11.11.99, S. 6

<sup>20</sup> IWH, „Wirtschaft im Wandel“, Nr. 7/1998, S. 15

<sup>21</sup> Sie hierzu die ausführliche Analyse in „Neunzehnter Anpassungsbericht“ der Forschungsinstitute, „IWH-Forschungsreihe“ 5/1999, S. 130 ff.

<sup>22</sup> Seitdem hat sich diese Leistungslücke Ost lt. IWH kaum verringert, jedoch spiegelt sie den im Osten fehlenden Marktanteil für die originäre Regionalexpansion wider.

<sup>23</sup> Lothar Fritze, „Die Gegenwart des Vergangenen“, Böhlau Verlag 1997, S. 133

---

<sup>24</sup> Hier trat relativ frühzeitig Kurt Biedenkopf mit seinen desillusionierenden Überlegungen zum ost-/westdeutschen Angleichungsprozeß in vielen öffentlichen Bekundungen hervor.

<sup>25</sup> Nach vorliegenden Vergleichsdaten sind die Unterschiede zwischen den ostdeutschen Ländern in der Leistung BIP/pro Kopf geringer als innerhalb der Länder auf Basis ihrer Kreise. Bezogen z.B. auf den industriellen Arbeitskräftebesatz pro 1000 Einwohner ist in Sachsen-Anhalt der mittlere Industriebesatz (1998) mit 39,0 angegeben, schwankt aber zwischen den zugehörigen Kreisen von -15 bis +15 um den Mittelwert. (DGB-Sachsen-Anhalt, „Kurzstudie - Industrielle Regionalentwicklung in Sachsen-Anhalt“, Juni 1999, S. 3)

<sup>26</sup> Hubert Gabrisch, IWH-Diskussionspapiere Nr. 70, März 1998, S. 21

<sup>27</sup> „WSI-Mitteilungen“ Nr. 8/99, S. 501

<sup>28</sup> Vergl. hierzu: Eduard Pestel Institut, „Besteht eine Produktivitätsschlüsse in den neuen Bundesländern?“, Hanover, März 1999

<sup>29</sup> a.a.O., S. 44

<sup>30</sup> zitiert nach /25/, S. 53

Im Vergleich dazu:

A. Oberhauser, in: „WSI-Mitteilungen“ Nr. 6/1997: „Eine echte Konsolidierung lässt sich nur durch Wachstum oberhalb des gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsanstiegs erreichen. Darauf ist aber unsere gegenwärtige Finanzpolitik nicht eingerichtet.“ (S. 361)

<sup>31</sup> IWH, a.a.O.,Forschungsreihe Nr. 5/99, S. 15;

Dieses Argument der Finanzierung durch Neuverschuldung wird nachdrücklichst auch von Rudolf Hickel hervorgehoben, siehe: „Frankfurter Rundschau“ vom 4.10.99, S. 12